



Pressemitteilung

Jetzt erst recht:

Bündnis will Rückkehr zum Kohlekraftwerksprojekt endgültig verhindern

Bündnisvorstand wiedergewählt – Resolution und Wahlprüfstein verabschiedet

Mainz / Wiesbaden, 17.03.2011: Am 17.03.2010 versammelten sich 35 Mitglieder des Bündnisses Mainz Wiesbaden e.V., darunter viele Vertreter von Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen, zur Jahreshauptversammlung des eingetragenen Vereins im Haus der Ortsverwaltung Mainz-Kastel / -Kostheim (Stadtkreis Wiesbaden).

Nach zweijähriger Amtsperiode standen Vorstandsneuwahlen an, wobei acht der neun Mitglieder in ihrem Ämtern bestätigt wurden: Statt des wegen terminlicher Überlastung ausscheidenden Nils Freimuth wurde Simon Dietzen als Beisitzer gewählt. Er hat als Vorsitzender der Jungen Union Mainz maßgeblich zum damaligen Kurswechsel der CDU in der Kraftwerksfrage beigetragen.

Im Mittelpunkt der engagierten und lebhaften Diskussion des Abends stand die Frage, was die erschütternden Ereignisse in Japan und die hieraus resultierende Neuorientierung der Bundesrepublik in der Frage der Energieerzeugung für die Region bedeuten könne. Einstimmig wurde anliegende Resolution angenommen, die begründet, warum die begrüßenswerte Abschaltung von Atommeilern nicht als Rechtfertigung für den Neubau von Kohlekraftwerken missbraucht werden darf. Zugleich verabschiedete die Versammlung einen Fragenkatalog, der den für Stadtverordnetenversammlung und Landtag kandidierenden Personen und Parteien als Wahlprüfstein vorgelegt werden soll [siehe Anlage]. Das Bündnis wird seine Mitglieder und die Öffentlichkeit noch vor der Wahl über die Positionen der jeweiligen Kandidatinnen und Gruppierungen in dieser wichtigen Frage informieren.

Marc Legg, als Vorsitzender im Amt bestätigt, fasst abschließend zusammen: „Wir haben mit dem ruhenden Verfahren vor dem OVG Koblenz derzeit so etwas wie ein „Kohle-Moratorium“ in der Region erreicht. Nun droht die Gefahr, dass im Windschatten der heftig geführten Atomdebatte die Kohlebefürworter ihre längst gescheiterten Projekte als vermeintlich „sichere und weniger bedenkliche Alternative“ wiederbeleben wollen. Das würde aber bedeuten, Pest mit Cholera auszutreiben: unserer Meinung nach kann nur der entschlossene Ausbau regenerativer Energien, flankiert von weiteren, flexibel regelbaren GuD-Kraftwerken zur Abfederung von Nachfragespitzen, die angemessene Antwort auf diese globale Herausforderungen sein.“

Anlage:

Resolution der Mitgliederversammlung

des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.

Kohle ist keine Alternative für Atom!